



G20 und der Klimawandel

Was Sie über den Klimawandel wissen müssen

AKTUELLE SITUATION

Die G20 wurde 1999 gegründet und hat derzeit 19 Mitgliedsstaaten - Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) – sowie die Europäische Union. Zusammen produzieren die G20-Staaten etwa 80 Prozent der aktuellen und 99 Prozent der historischen (1850-2013) CO2-Emissionen, 85 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts und bilden 51 Prozent der Weltbevölkerung. Daher liegt es auch in der Verantwortung der G20, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und den Umstieg auf Erneuerbare Energien zu fördern. Doch nicht jeder Mitgliedstaat ist gleichwertig verantwortlich für die hohen Emissionen, sowohl historisch gesehen als auch aus heutiger Sicht. Außerdem haben die einzelnen Länder unterschiedliche Verpflichtungen innerhalb der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) festgelegt. Die von den Ländern vorgelegten Klimapläne (NDC) sind bei weitem nicht ausreichend, um die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad Celsius oder auch nur unter 2 Grad Celsius zu begrenzen.

Handeln gegen den Klimawandel: Essenziell für CARE's Arbeit

In Armut lebende Menschen, die am wenigsten für die Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, sind den Folgen des Klimawandels besonders ausgesetzt. In Ländern, in denen CARE arbeitet, macht der Klimawandel bereits erste Entwicklungserfolge zunichte und verstärkt soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, vor allem zwischen Männern und Frauen. Der Klimawandel stellt eine Bedrohung für unsere Vision einer Welt voller Hoffnung, Toleranz und sozialer Gerechtigkeit dar, in der die Menschen ohne Armut in Würde und Sicherheit leben. Ohne sofortiges Handeln wird es für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen unmöglich sein, Armut zu überwinden, sowie Ernährungssicherheit und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) zu erreichen. CARE setzt sich aktiv für den Klimaschutz ein, hilft Gemeinden bei der Anpassung an den Klimawandel, stellt Informationsmaterial bereit und leistet anwaltschaftliche und Kommunikationsarbeit.

Klimapläne der Länder (NDC)



MITTEL	UNANGEMESSEN
Brasilien	Argentinien
China	Australien
Indien	Japan
Indonesien	Kanada
Mexiko	Russland
Europäische Union	Saudi Arabien
	Südafrika
	Südkorea
	Türkei
	USA

4 FAKTEN

ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL

Auch die G20-Staaten spüren die Auswirkungen des Klimawandels. Analysen zeigen, dass die G20-Staaten nicht gleich stark gefährdet und auf die Folgen des Klimawandels unterschiedlich gut vorbereitet sind. Die ärmeren Länder der Welt sind jedoch noch stärker von den Auswirkungen bedroht und haben gleichzeitig eine geringere Widerstandsfähigkeit.

KLIMAWANDEL ZERSTÖRT ENTWICKLUNG

Die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels sind eine der größten Ungerechtigkeiten der Welt. Frauen und Kinder, die in Armut leben und am wenigsten Treibhausgas produzieren, spüren die Auswirkungen am meisten. Ohne schnelles Handeln, um die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzen, wird es für die ärmere Bevölkerung unmöglich sein, ihren Lebensunterhalt zu sichern sowie Ernährungssicherheit und einen Großteil der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erreichen.

100% ERNEUERBARE ENERGIEN

In vielen G20-Staaten hat die Revolution der Erneuerbaren Energien begonnen. Sinkende Preise helfen dabei, Energiearmut zu bekämpfen. Dadurch eröffnen sich neue Potenziale, die 1,5°C-Grenze einzuhalten und die Umstellung auf 100% Erneuerbare Energien zu beschleunigen. Doch die Mitgliedsstaaten der G20 subventionieren nach wie vor in zu inakzeptabel hohem Maße die Nutzung fossiler Energien.

UNTERSCHIEDLICHE VERANTWORTUNG

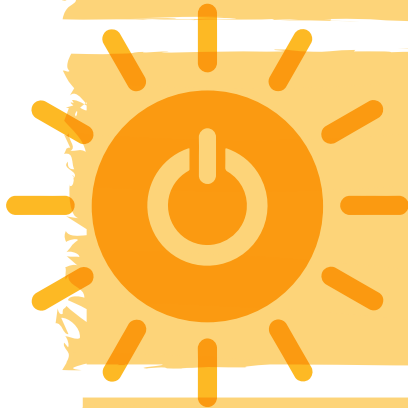
Die G20-Mitgliedsstaaten sind zu mehr als 99% für den historischen CO2-Ausstoß verantwortlich. Während China und die USA die aktuell größten Umweltverschmutzer sind, waren die USA und die EU in der Vergangenheit die Hauptverantwortlichen für die Treibhausgasemissionen seit 1850. Indien und Indonesien haben den geringsten Pro-Kopf-Energieverbrauch. Mit der Verantwortlichkeit der G20-Staaten geht die Verpflichtung einher, gegen den Klimawandel aktiv zu werden und andere Länder zu unterstützen. Die bisherigen Handlungen und Versprechen der G20 sind nicht ausreichend.

CARE fordert

Die vorherige Analyse hat eine differenzierte, aber insgesamt hohe Verantwortlichkeit der G20-Staaten gezeigt. Die Mitgliedsstaaten müssen ihre Bemühungen deutlich erhöhen, um die Klimaerwärmung zu begrenzen. CARE sieht den Fokus vor allem in vier Bereichen, in denen die G20 im Jahr 2017 ihre Bemühungen ausbauen sollte.

Schutz der ärmeren Bevölkerung vor klimabedingten Risiken

Die G20-Staaten müssen den Schutz für Menschen erhöhen, die sich nicht selbst vor den Auswirkungen des Klimawandels schützen können, vor allem Frauen und Mädchen. Die Maßnahmen sollten die pro-aktive Anpassung, armutsorientierte Klimaversicherungen und die Stärkung sozialer Sicherungsnetze für die ärmere Bevölkerung in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern umfassen. Vor allem sollten die reicheren Staaten der G20 ihre finanzielle Unterstützung für ärmere Länder bis 2020 deutlich erhöhen. Dazu gehören auch zusätzliche finanzielle Hilfen für Verluste und Schäden, die greifen, wenn Menschen direkt von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, insbesondere mit der Gruppe der V20-Länder/Climate Vulnerable Forum (CVF) sowie mit Afrika, sollte bei allen Maßnahmen die Klimaresilienz stärken.



Radikale Reduzierung der Emissionen zum Erreichen des 1,5°C-Ziels

Im Zuge des Pariser Klimaabkommens sollten alle G20-Staaten eigene Klimaziele festlegen, um den Ausstoß von Emissionen auf ein Minimum zu reduzieren und die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Ihre eigenen Ziele sollten sie bis 2018 mit weitgehend Langfriststrategien konkretisieren. Zusätzlich sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die weltweiten Emissionen bis 2020 weiter zu verringern, insbesondere in Bereichen, die die Umstellung von fossilen Brennstoffen auf 100% Erneuerbare Energien mit einem Emissionsausstoß, der gegen Null geht, beschleunigen. Andere engagierte Länder, wie die 48 besonders vom Klimawandel betroffenen Länder des Climate Vulnerable Forums (CVF), sollen außerdem bei ihren eigenen Bemühungen, auf 100% Erneuerbare Energien umzusteigen, unterstützt werden.

Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechten

Im Rahmen der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) und des Pariser Klimaabkommens haben sich die Staaten dazu verpflichtet, bei ihren Maßnahmen zum Klimaschutz die Geschlechtergleichheit und Einhaltung der Menschenrechte zu fördern. Hierbei müssen die G20-Staaten als Vorreiter fungieren und sich regelmäßig über ihre Erfahrungen und Fortschritte austauschen, insbesondere bei dem Erreichen ihrer nationalen Klimaziele. Sie sollten auch einen starken Gender-Aktionsplan unter dem Dach der UN-Klimarahmenkonvention unterstützen.



Abkehr von fossilen Brennstoffen und Förderung Erneuerbarer Energien

Die G20-Staaten müssen vereinbaren, alle Subventionen für fossile Brennstoffe bis 2020 auslaufen zu lassen. Stattdessen sollten sie solche Unterstützung zukünftig nur noch für kosteneffiziente, saubere, gesunde und sichere Erneuerbare Energien leisten, im Einklang mit der 1,5°C-Grenze. Die G20-Staaten müssen sich gemeinsam für nachhaltige finanzielle Investitionen einsetzen und Instrumente der armutssensiblen CO₂-Bepreisung einführen, die auch zusätzliche Ressourcen für den Klimaschutz und das Umsetzen der Ziele für nachhaltige Entwicklung generieren können.

